

# presse

---

## **Duale Ausbildung ist weiterhin Garant zur Sicherung des Fachkräftebedarfs**

Anlässlich der Veröffentlichung der aktuellen Ausbildungszahlen durch die Bundesagentur für Arbeit erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Willi Brase:

Die Zahl der Ausbildungsplätze ist im vergangenen halben Jahr gestiegen. Zudem zeigt sich, dass die Unternehmen nun verstärkt bemüht sind, aufgrund der demografischen Entwicklung ihren eigenen Fachkräftenachwuchs zu sichern. Um den Standort Deutschland für die Zukunft zu stärken, sollten die Betriebe auch über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbilden.

Festzuhalten bleibt jedoch, dass die Zahl der suchenden Jugendlichen bis März 2011 in Westdeutschland mit 329.600 um zwei Prozent höher lag als im Vorjahreszeitraum. In Ostdeutschland ist ein Rückgang der Bewerberinnen und Bewerber um ein Prozent zu verzeichnen. Insgesamt machen sich die doppelten Abiturjahrgänge bemerkbar. Nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion darf es in Folge dessen nicht zu einem Verdrängungswettbewerb kommen, bei dem durch den Anstieg von Abiturienten auf dem Ausbildungsmarkt, Bewerberinnen und Bewerber mit einem niedrigeren Schulabschluss oder anderen Vermittlungshemmnissen das Nachsehen haben. Für Schulabgänger mit Hochschulberechtigung muss eine ausreichende Zahl von Studienplätzen durch die Länder zur Verfügung gestellt werden. Im Übrigen vermutet die Bundesagentur für Arbeit, dass der Anstieg der Bewerberzahlen auch auf das Aussetzen der Wehrpflicht zurückzuführen ist. Hier ist zu unterstreichen, dass die derzeitige Bundesregierung keinerlei Konzept vorgelegt hat, das diesen jungen Menschen eine Zukunftsperspektive bietet.

Weiterhin ist die Zahl der jungen Menschen, die mithilfe eines Instrumentes der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert werden und nicht unmittelbar nach dem Schulabschluss in eine betriebliche Ausbildung einmündeten, erschreckend hoch. 364.000 Jugendliche sind Teil des sogenannten Übergangssystems. Allein rund 80.000 junge Menschen wurden als nicht ausbildungsreif klassifiziert und nahmen an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teil. Die Zahlen verdeutlichen, dass die Unternehmen weiterhin nicht bereit sind, Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen - zum Beispiel mit einer sozialen Benachteiligung oder einem Migrationshintergrund - eine Chance in ihrem Betrieb zu geben. Gleichzeitig gibt es auf Bundesebene wieder eine verstärkte Debatte um den Zuzug ausländischer Fachkräfte um den heimischen Bedarf zu decken. Unser sozialdemokratischer Ansatz lautet dagegen: Jeder Jugendliche muss bestmöglich qualifiziert werden und durch eine fundierte Ausbildung eine vernünftige Berufs- und Lebensperspektive bekommen. Das Übergangssystem muss transparenter und auf Maßnahmen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen, reduziert werden.

Für eher praktisch orientierte Jugendliche hat sich das Instrument der Einstiegsqualifizierung bewährt. Im aktuellen Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland haben sich die Paktpartner verpflichtet, 30.000 Plätze für Einstiegsqualifizierungen bereitzustellen. Dazu sind auch die zusätzlichen 10.000 Plätze der Einstiegsqualifizierung Plus zu zählen - eine noch unausgegrenzte Idee. Nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion sind keine weiteren Zusatzmaßnahmen von Nöten, die zu einer weiteren Negativklassifizierung und Stigmatisierung von jungen Menschen führen. Hochgerechnet sind derzeit nur rund 27.000 junge Menschen in einer EQ-Maßnahme. Nach BA-Angaben sind seit Jahresbeginn mit 7.700 Jugendlichen 18 Prozent weniger in eine solche Maßnahme eingetreten als im Vorjahreszeitraum. Auch hier zeigt sich: Die Wirtschaft braucht Fachkräfte, ihr Engagement ist aber weiter ausbaufähig.